

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 21

Artikel: In Titos Augen steht der Westen gut

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076365>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

1. Jahrgang, Nummer 21

Wöchentlich, zweimonatliche Beilage

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Bern

Redaktion und Verwaltung: Dr. Peter Sager, Postfach 1178, Bern-Transit

Jahresabonnement Fr. 20.— Postcheckkonto III 24616, Telephon 27769 Druckerei: Verbandsdruckerei AG Bern

KAMPFBLATT FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND EIN STARKES EUROPA

STIPENDIEN KÖNNEN NICHT DIE EUROPA-UNI ERSETZEN

Wir haben die Gründung einer westeuropäischen Universität für Afrikaner, Asiaten und Osteuropäer vorgeschlagen. Bis dieses Projekt verwirklicht ist, sollte eine europäische Stipendienkommission bereits heute pro Million Einwohner über zehn Vollstipendien verfügen können.

Die Frage ist aufgeworfen worden, warum diese Stipendienkommission nicht als endgültige Institution bleiben könnte, um so die kostspielige Gründung einer neuen Universität zu vermeiden.

Die Gründe sind die folgenden: Zunächst ist beim Mangel an wissenschaftlichem Nachwuchs bei uns schon mit einer Ueberfüllung der bestehenden Universitäten zu rechnen, die deshalb immer weniger Studienplätze für Ausländer zur Verfügung stellen können.

Sodann ist die Ausbildung von europäischen Studenten verschieden von jener der Asiaten und Afrikaner. Die Studenten aus Afrika und Asien bedürfen besondere Einführungskurse. Es wäre viel zu kostspielig und umständlich, solche Kurse an jeder Universität für eine kleine Zahl von afrikanischen und asiatischen Studenten zu organisieren.

Endlich ist zu berücksichtigen, dass die Gründung einer sowjetischen Universität für Asiaten und Afrikaner politische Zwecke verfolgt.

Eine solche Universität, die erstmals Afrikaner in grosser Zahl aus allen Gebieten Afrikas zusammenführt, wird zu einem grossen, geistigen Zentrum, von dem bedeutende politische Impulse ausgehen werden. Dieser Umstand darf zurzeit, da Afrika eine Union anstrebt, nicht unterschätzt werden. Die in Moskau ausgebildeten Intellektuellen werden nach Absolvierung ihrer Studien zahlreiche Querverbindungen zu jungen Akademikern anderer afrikanischer Länder haben, mit denen sie im gleichen Geist ausgebildet worden sind, so dass sie schon deshalb eine führende panafrikanische Elite bilden müssen.

Es liegt auf der Hand, dass nur an einem ähnlichen, aber freiheitlichen geistigen Zentrum die wissenschaftlichen Probleme von Entwicklungsländern besonders berücksichtigt werden können.

Dieses geistige Zentrum kann nicht entstehen, wenn an jeder westeuropäischen Universität 10 oder 100 oder mehr afrikanische und asiatische Studenten studieren. Sie bleiben isoliert und werden nicht fähig sein, ihrerseits Impulse zu vermitteln.

Wenn wir aber eine westeuropäische Universität gründen, kann ein solches geistiges Zentrum auch im Westen entstehen. Dort wird man auf die besonderen sprachlichen und ausbildungstechnischen Bedürfnisse der Asiaten und Afrikaner eingehen und sich den Entwicklungsproblemen ihrer Länder wissenschaftlich widmen können. Diese Universität soll kein Zentrum politischer Indoktrination werden. Die jungen

Afrikaner und Asiaten sind alt genug, selber den Wert der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zu erfassen, wenn sie diese Demokratie einmal bei uns kennen lernen und sie nicht mehr mit Kolonialismus und Rassenwahn gleichsetzen müssen.

Peter Sager.

In Titos Augen steht der Westen gut

Jugoslawiens Staatschef Tito beurteilt die Weltlage von zwei Standpunkten aus: Als Kommunist und als Chef eines an der Reibfläche des Kalten Krieges besonders exponierten Staates. Und keiner der beiden Aspekte ist in seinen Augen den schon lange in Peking und seit kurzem in Moskau tonangebenden Scharfmachern günstig. Das bringt seit einiger Zeit sowohl die Satelliten in Verlegenheit (KB, 25. Mai) wie auch Peking in Wut (KB, 1. Juni). «Unsere Politik China gegenüber wird vom Interesse der internationalen Arbeiterbewegung diktiert — die Haltung Chinas uns gegenüber ist eine andere Sache», schrieb «Borba» am 4. Juni. «Die ... chinesische Presse ist voller Ausdrücke, wie „die tollen Hunde und Verteidiger des Imperialismus“ ... wir halten auf unsere Ehre und verachten die Sprache der chinesischen Presse.»

Tito selbst verurteilte den Flug der U2, jedoch in mildernden Worten als ein guter Teil der westeuropäischen Presse. Besonders betonte er, es sei nicht zu verantworten, deswegen eine Krise entstehen zu lassen. Ende Mai sagte er in einer Rede in Palic bei Subotica: «Der gesunde Men-

schenverstand wird schliesslich siegen ... die Grossmächte haben kein Recht, mit dem Schicksal der Menschheit zu spielen.» Weiter sagte er in derselben Rede über das seinerzeit misslungene jugoslawische Kolchos-Experiment: «Die Gründung (von Kolchosen) ohne die nötige Mechanisierung konnte keine guten Resultate erzielen. Die Bauern waren enttäuscht, weil sie ... schlechter lebten als früher, da sie ihren eigenen Boden bebauten. Dies war unser Misserfolg, für den wir selbst die Schuld tragen, weil wir von andern kopiert hatten, was sich nicht für uns eignete.»

Solche Worte im Zeitpunkt des neu aufflammenden Kalten Krieges und der Zwangskollektivierung in den Satelliten sind eine totale Desavouierung der jetzigen Sowjetpolitik wie auch der rotchinesischen Kommunen.

(Festzuhalten ist, dass Tito die Kolchosen als solche nicht verurteilte, nur den Zeitpunkt der Einführung und das Prinzip des blinden Nachahmens.)

Ueber den Streit mit Rotchina sagte er: «Wir sagten (schon 1948) nein und niemand brachte uns in die Knie. Auch heute ist kein Grund zur Aufregung. Lügen haben kurze Beine; schon morgen wird jeder sehen, dass jede Lüge über uns eben eine Lüge war.»

Am 3. Juni verliess der jugoslawische Geschäftsträger in Peking den offiziellen Empfang für den albanischen Volkskammer-Präsidenten, weil der rotchinesische Präsident Liu Schao-tschi (siehe Curriculum Seite 4) Tito heftig angegriffen hatte. Titos Gegenmassnahmen sind subtiler. In der alten Abtei Pec, wo vor 1940 sieben Jahrhunderte lang die Einsegnung der Patriarchen der serbisch-orthodoxen Kirche stattfand, wurde erstmals unter kommunistischem Regime am 29. Mai der 43. Patriarch, German Djoric, eingesetzt. Nicht nur wohnten der Feier ausser den Bischö-

Fortsetzung Seite 4



Unser Memorandum

Die erste Meldung kam aus Peking (KB, 11. Mai, Echo links für Japan) und erschien im Blatt der ungarischen KP, «Nepszabadság»: Ein linksstehender Gewerkschafter Japans kündigte Grossdemonstrationen gegen die USA und sich ablösende Marschkolonnen aus dem ganzen Land mit Ziel Tokio für die «traditionelle Frühjahrskampagne» der japanischen Sozialisten an. Die ersten Kolonnen, sagte er, würden schon am 25. April aus entfernten Landesteilen abmarschieren. Unterdessen hat die Bewegung Erfolg gehabt. Nicht zuletzt deshalb, weil auf dem Weg die Organisation mit Aufgebot neuer Ablösungskolonnen, die Verpflegung, die Routenwahl und der Fahrplan minutiös ausgearbeitet waren und ausgezeichnet klappten. Hinter der zuerst aus Peking angekündigten Demonstration stand eine gut eingespielte Organisation. Anfangs Juni trug sie in Tokio ihre Früchte: Grossaufmarsch der Arbeiter, Studentendemonstrationen, Lahmlegung der Transporte in den grösseren Städten. Der japanische Gewerkschaftsbund sprach von 130 000 Demonstranten. Die Polizei schätzte sie nüchtern auf 60 000. Es war der Grossangriff gegen die Atomwaffen, gegen den Sicherheitspakt mit den USA, gegen den geplanten Besuch Präsident Eisenhowers. Wie künstlich die «Volksbewegung» war, geht aus den letzten Lokalwahlen hervor, die vor wenigen Tagen noch von den Vertretern der Regierungspartei Kishis mit erdrückendem Mehr gewonnen wurden — trotz dem in allen Landesteilen gemeldeten «Sturm der Entrüstung» gegen den Ministerpräsidenten. Die Gefahr der Lage ist, dass anhaltende, organisierte Demonstrationen dieser Art schon mehr als eine Regierung trotz eigentlicher Mehrheit gestürzt haben. Ihre tiefere Bedeutung — neben der heute offenkundigen Tatsache, dass die Kommunisten ihre Hand bei der Organisation im Spiele hatten — liegt darin, dass sie nicht viel mit der internen Lage in Japan zu tun hat. Sie ist ein lokaler Auswuchs des allgemeinen Fiaskos der Aussenpolitik der USA und John Foster Dulles', die nun im letzten Amtsjahr Präsident Eisenhower ins Gesicht explodiert. Ungeschickter hätte

der gutwillige und unpolitische amerikanische Präsident nicht operieren können: Zuerst wollte er nach seinem Moskauer Besuch als Friedensbote nach Tokio kommen und unterwegs Präsident Rhee in Söul besuchen. Rhee ist nicht mehr Präsident. Damit entgeht Eisenhower zumindest dem Odium, mit einem Besuch den gefälschten Märzwahlen Koreas seinen Segen gegeben zu haben. Nach dem gescheiterten Gipfel aber wurde er die Zielscheibe der linksextremen Gruppen Japans — und dass er schliesslich beschloss, ebenfalls Präsident Tschiang Kai-shek in Formosa zu besuchen, verschärft die Situation: Tschiang liess sich (KB, 9. März) von einem eigentlich nicht beschlussfähigen Rumpfparlament in Missachtung seiner eigenen Verfassung soeben zum drittenmal als Präsident bestätigen.

Fortsetzung von Seite 1

fen der serbisch-orthodoxen und der mazedonisch-orthodoxen Kirche Mitglieder der serbischen Behörden und der Bundesregierung bei, sondern als absolutes historisches Novum auch Reis Ul Ulema Suleiman, Oberhaupt der Moslems Jugoslawiens.

Die seit Kardinal Stepinac' Tod sichtbare Tendenz, Frieden mit der Kirche zu schliessen, verbindet sich hier mit der Sorge, an der Front des Kalten Krieges das Volk über Partei- und Glaubensgrenzen hinweg zu einigen.

Auch veröffentlichte die jugoslawische als einzige kommunistische Presse schon am 20. Mai die Meldung über die energische Antwort der Schweiz auf den Gegenprotest Moskaus nach der Ausweisung der beiden Botschaftsangestellten. Die ganze Pressepolitik zeigt den festen Willen, Jugoslawiens internationale Stellung um kein Haar zu verändern.

Als Staatschef schätzt Tito somit die Stellung des Westens materiell günstiger als diejenige des kommunistischen Ostens ein. Er weigert sich, seine Haltung dem Westen gegenüber zu ändern und kritisiert vorläufig Moskau (indirekt) und Peking (sehr direkt). Andererseits ist er sich der Gefahr der Lage bewusst und versucht, das Volk hinter sich zu einigen — durch westliche, nicht durch östliche Methoden, was

Curriculum der Woche

LIU SCHAO-TSCHI

Staatspräsident Rotchinas, führender Theoretiker der harten (stalinistischen, früher «moskautreuen», jetzt mehr mit Suslow-Flügel identifizierten) Schule. Geb. 1898, Provinz Hunan, reicher Bauernsohn. Lehrerseminar Tschangtscha (weiterer Schüler: Mao Tse-tung). 1920 Sozialist. Jugendverband, 1921 KP. Gewerkschaftsfunktionär Schanghai, Kanton u. anderswo. 1925 stellv. Vorsitzender chin. Gewerkschaftsbund, 1927 Mitglied ZK der KP Chinas. Nach Spaltung zwischen Tschiang und Kommunisten Niederlage KP 1927. Liu geht nach Moskau. Steigt im sowjetischen Exil in Hierarchie weiter auf, Mitglied der linksradikalen sog. Li-Li-san-Gruppe. 1930 zur «Bolschewisierung» der KPCh nach China zurückgeschickt, gegen gemässigten Kurs Maos, doch 1932 Aussöhnung, 1934/35 am «langen Marsch» beteiligt. 1936 Sekretär Nordbüro ZK KPCh, 1938 Sekretär Zentralbüro, 1941—43 Chef-Politruk der komm. Truppen. Doch nach Kriegsende wieder in Moskau, nimmt mit Stalin gegen Mao Stellung: Ein Aufstand in China sei aussichtslos. Kehrt nach China zurück, nimmt wieder für Mao Stellung, bleibt als Cheftheoretiker (zwischen seinen Absprüngen) und Verherrlicher Maos unentbehrlich. 1949—53 Vizepräsident des (kommunistischen) Weltgewerkschaftsbundes, 1954—59 Vorsitzender «Ständiger Ausschuss Nationaler Volkskongress» (Büro des Parlaments). Bleibt Mitglied ZK, Politbüro. Aber jede Wendung zu harten Linien, jede Tendenz zu Aggression immer mit besonderem Eifer von ihm begründet. April 1959 Staatspräsident. Führt 1958/59 während «Zurückgezogenheit» Maos (zum Studium und Dichten) praktisch die Geschäfte der KPCh. Wahrscheinlich Inspirator des Angriffs gegen Koexistenz Chruschtschew und gegen Tito April 1960 (siehe Seite 2).

wiederum seine Einschätzung der Lage verrät.

Als Kommunist sieht er offenbar in Peking keinen Partner für ideologische Gespräche, und in Moskau nur eine unklare Lage. Zu bemerken ist auch, dass er bisher Moskaus Haltung nur indirekt bedauerte und besonders Chruschtschew persönlich völlig aus dem Spiel liess.

Daneben aber verurteilt er die «nicht vom Interesse der internationalen Arbeiterbewegung» motivierte Haltung Pekings (ein monströser Vorwurf) und bedauert die Unklarheiten der Moskauer Haltung (indirekt und mit sichtlicher Hoffnung auf Besserung). Auch spielt er vor der Galerie der asiatischen und afrikanischen «Neutralen» die Rolle des einzigen kühlen, überlegenen kommunistischen Realpolitikers.

Besonders aber sagt er, wie auch schon, laut und deutlich, dass er schon längere Zeit als einziger Kommunist die Ereignisse klar beurteilt und das Interesse der Arbeiter im Herzen trägt: Er erhebt wieder einmal den ideologischen Führungsanspruch in der kommunistischen Welt.

kurz

Im Jahre 1959 wurden in der Tschechoslowakei 5316 Schulkinos eingerichtet («Rude Pravo», 29. Mai).

Im Rahmen des Siebenjahresplanes werden in der Russischen Föderativen Republik (RSFSR) für die Elektrifizierung der Landwirtschaft 900 000 km Leitungen gebaut (Kasachstanskaja Prawda», 24. Mai).

Die «Labour-Partei» der Insel Malta (Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Dom Mintoff) hat um Aufnahme in die diesen Frühling in Conakry gegründete «Organisation der Afro-Asiatischen Volkssolidarität» nachgesucht.

Guinea und die CSR haben ein Abkommen für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Vorgesehen ist der Austausch von Erfahrungen, Experten und Praktikanten.

Auf Einladung der Zeitung «Neues Deutschland» bereist eine Gruppe dänischer Journalisten die DDR. Minister Rau (KB, 16. März) gab ihnen eine Erklärung zur Gipfelkonferenz ab («Neues Deutschland», 24. Mai).

Eine Delegation der DDR-Volkskammer traf Ende Mai auf Einladung des finnischen Reichstagspräsidenten Fagerholm in Helsinki ein («Neues Deutschland», 28. Mai).